

Bürgerinitiative Umweltschutz  
Lüchow-Dannenberg e.V.  
Geschäftsstelle: Drawehner Str. 3  
3130 Lüchow · Tel. (0 58 41) 46 84  
KSK Lüchow (BLZ 258 513 35) 2 060 721

## Energiepolitik am Scheideweg

### 1. Wieviel Energie braucht der Mensch ?

Der Bund Naturschutz setzt sich seit Jahren für eine wahrhaft rationale Energiewirtschaft ein, die die Verschwendung unersetzlicher Brennstoffe eindämmt und vermeidbare Umweltbelastungen bereits bei der Entstehung verhindert. Jedes nicht gebildete  $CO_2$  und  $SO_2$  Molekül aus fossilen Brennstoffen und jedes nicht gespaltene Uranatom oder jedes nicht erbrütete Plutoniumatom sind der beste Beitrag zum Umweltschutz und zur Erhaltung der Lebensfähigkeit unserer Ökosphäre. Um unseren bestehenden Wohlstand und unseren Lebensstandard in unserer technischen Zivilisation erhalten zu können, muß eine gewisse Menge an technischer Energie bereitgestellt und eingesetzt werden.

1973 wurden in der Bundesrepublik pro Kopf der Bevölkerung eine Energiemenge von 6,1 t Steinkohle verbraucht. 1965 wurden pro Bundesbürger nur 4,4 t Steinkohleeinheiten eingesetzt, 1971 waren es bereits 5,7 t SKE. Der Weltverbrauch entwickelte sich in der gleichen Zeit von 1,6 t SKE auf 1,9 t SKE pro Kopf und in Afrika nahm die eingesetzte Energie pro Kopf der Bevölkerung von 1965 von 0,3 t SKE bis 1971 auf 0,4 t SKE zu. Der Abstand des pro-Kopf - Energieverbrauchs in Europa und Afrika hat sich in den 6 Jahren

Wie schnell hohe Wachstumsraten jede wünschenswerte Vorstellung sprengen, läßt sich am Beispiel des Kernenergieeinsatzes in Bayern noch deutlicher zeigen. Die derzeitige Zubaurate für Kernkraftwerke beträgt in Bayern mittelfristig 20,5 % pro Jahr. Darauf ist das Bayerische Wirtschaftsministerium außerordentlich stolz. Es ergibt sich aus dieser Wachstumsrate eine Verdoppelung des Kernenergieeinsatzes alle 4 Jahre. In 88 Jahren gäbe es bei der Fortsetzung dieser Zubaurate 4 134 304 mal mehr Kernkraftwerke wie heute und das würde bedeuten, daß es bis dahin mehr Kernkraftwerke geben müßte als Einwohner in Bayern.

Es muß in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, daß sämtliche Energieprogramme der Bundesrepublik Deutschland den tatsächlichen Geburtenrückgang in den letzten 10 Jahren von 43 % unberücksichtigt lassen. Es wird vielmehr mit dem Bevölkerungswachstum der Welt der steigende Kernenergieeinsatz in unserem Lande zu begründen versucht.

Diese Ignoranz zeigt, auf welchem dürftigen Boden und mit welcher geringer geistiger Anstrengung bisher Energiebedarfsprognosen und Energieprogramme erstellt wurden.

Mit den utopischen Beispielen sollte lediglich das Absurde dieser Hochrechnungen erhellt werden.

#### 4. Grundzüge einer Neuorientierung - Von der Energieprognose zur ökologisch fundierten Energieplanung.

Weil die Energiepolitik bisher ganz im Zeichen der Nachfragebefriedigung und Konsumsteigerung stand, spielten die Prognosen des künftigen Bedarfs eine wichtige Rolle im Entscheidungsprozess. Dieses Prinzip kann aber nicht mehr maßgebend sein. An die Stelle von "Berechnungen" des künftigen Bedarfs müssen Überlegungen über das unter

ökologischen Gesichtspunkten verantwortbare Maß des Energieumsatzes treten. Die ökologisch klimatischen Belastungsgrenzen sind als Rahmenbedingung fest vorgegeben und dürfen nicht überschritten werden. Eine verantwortungsvolle und rationale Energiepolitik hat umgehend Maßnahmen zu ergreifen, um das bisherige Wachstum des Energiebedarfs vom Wachstum des Wohlstandes und von der Funktionsfähigkeit des Wirtschaftssystems zu entkoppeln. Bei der Planung und Errichtung geballter Energieerzeugungsanlagen (Nuklearparks, Industriezentren) ist die Nah- und Fernwirkung sehr starker, punktueller Wärmequellen (Kühltürme, Kühlwassereinleitung in Gewässer) auf Klima- und Ökosysteme zu untersuchen. Standortfestlegungen haben nach öko-klimatischen Kriterien zu erfolgen.

#### 4. 1 Rationale Energiepolitik

Bei Berücksichtigung der ökologisch-klimatischen Belastungsgrenzen ergibt sich von selbst eine Betonung einer wahrhaft rationalen Energiepolitik des sparsamen Umgangs und der besseren Nutzung der freigesetzten Energie. Die Wärme-Kraft-Kopplung, verbesserte Sonnenenergienutzung und eine bessere Isolation von Häusern müssen oberste Priorität erhalten und durch steuerliche und finanzielle Anreize auf breiter Basis gefördert werden. Dadurch können unnötige Umweltbelastungen vermieden und Störungen des ökologisch-klimatischen Gleichgewichts gering gehalten werden. Außerdem verringert sich die volkswirtschaftlich unerwünscht hohe Auslandsabhängigkeit von fossilen und nuklearen Energieträgern. (Vergl. Anhang : Alternativen).

Maßnahmen und Werbung für eine Erhöhung des Elektrizitätskonsums sind ökologisch unverantwortlich und volkswirtschaftlich schädlich und deshalb zu verbieten. Preisgünstige Elektrizität (Nachtstromtarif) soll nur noch dann für Raumheizungszwecke Verwendung finden, wenn sie für Wärmepumpen eingesetzt wird. Die Werbung für andere

elektrische Raumheizgeräte (Nachtspeicheröfen) ist eine unverantwortliche Aufforderung zur Energieverschwendung. Die heutige Energieverschwendung ist zu einem nicht geringen Teil darauf zurückzuführen, daß die Energie billig ist, bzw. die Energiepreisstruktur (degressive Tarife bzw. Mengenrabatte für Elektrizität und Heizöl ) zur Verschwendung anreizen. Die Preispolitik sollte deshalb den unterschiedlichen Verwendungszwecken der Energie möglichst Rechnung tragen. Die einzelnen Maßnahmen sind durch generelle wirtschaftliche Anreize für einen sparsamen Umgang mit der Energie zu ergänzen.

#### 4. 2 Stopp der Verschwendung durch progressive Elektrizitätspreise.

Ein marktwirtschaftskonformes Mittel zur Durchsetzung einer rationalen und optimalen nutzungsorientierten Energiepolitik stellt die Einführung progressiver Elektrizitätspreise zunächst in Privathaushalten dar. Progressive Strompreise haben außerdem, ähnlich wie die progressive Lohnsteuer, einen sozialen Nebeneffekt.

Ein 3-Personen-Haushalt in der BRD hatte in den Jahren 1972/73 einen repräsentativen Jahresverbrauch an Elektrizität von 2 890 kWh.

Aufschlüsselung :

240 kWh für Licht

240 kWh für Kleingeräte (Mixer, Fernsehempfänger, Staubsauger)

240 kWh für Kühlschrank

250 kWh für Waschmaschine

720 kWh für Kochherd

1200 kWh für Heißwassergeräte

Bisher übliche Trendprognosen, die der mittelfristigen Energiepolitik zugrunde gelegt wurden, prophezeien für einen 3-Personen-Haushalt im Jahre 1980 einen mutmaßlichen Jahresgesamtverbrauch von 13 405 kWh. Dabei werden allein 10 000 kWh für die elektrische Raumheizung angesetzt.

Dies ist eine unrealistische und unverantwortliche Annahme. Durch eine verlogene Werbung für den angeblich umweltfreundlichen Energieträger Strom (was nachweislich falsch ist) und durch die hohen Gewinne der Elektrizitätsversorgungsunternehmen beim Stromabsatz im Haushaltssektor, wurde hier durch Manipulation und degressive, zur Verschwendung reizende Preisstrukturen ein außerordentlicher Wachstumsbereich erzeugt.

Tabelle 2

Entwicklung des Endenergieverbrauchs in Bayern nach Verbrauchssektoren 1950 - 1975 (in Mio t SKE)

	1950	1960	1970	1975
Industrie	4,3 (37,4 %)	7,5 (36,8 %)	10,2 (31,4 %)	9,5 (26,8 %)
Haushalte, Klein- verbraucher	2,3 (20 %)	6,3 (30,9 %)	14,5 (44,6 %)	17,1 (48,1 %)

(Quelle: Energie, Die Energieversorgung Bayerns 1975, BStMfWV)

Auch in den letzten Jahren wies der Haushaltsbereich im Verbrauch an elektrischem Strom in Bayern neben den öffentlichen Einrichtungen mit Abstand die höchsten Zuwachsraten aus.

Tabelle 3 Stromverbrauch in Bayern 1973 - 1975

	1973		1974		1975	
	in Mio kWh	Verändg. in %	in Mio kWh	Verändg. in %	in Mio kWh	Verändg. in %
Industrie	17 389	5,9	17 808	2,4	16 856	- 5,3
Verkehr	1 871	- 0,8	1 886	0,8	1,784	- 5,4
Haushalte	7 594	11,0	8 149	7,3	8 858	8,7
Öff.Einr.	2 273	12,8	2 456	8,0	2 664	8,5

(Quelle : Energie, Die Energieversorgung Bayerns 1975, BStMfWV)